

# DIREKTE AKTION MÜNCHEN

**FAU IAA**

**Anarchosyndikalistische  
Zeitung**

**Oktober 2006**

**4. Jahrgang**

**KOSTENLOS**

## **Betrieb & Gesellschaft**

Wir kriegen nur wofür  
kämpfen! ..... 1  
Der Arbeitsverwaltung die  
Zähne zeigen! ..... 3  
Ein Jahr privatisierte Kliniken  
Dachau - Klinikkonzern lässt  
die Masken fallen ..... 5

## **Bildung**

Bildung - Ein Standbein des  
Kapitalismus ..... 7

## **Geschichte**

Die Geschichte des  
Syndikalismus in Bayern ..... 8

## **Kultur**

Commandantes - Lieder für die  
Arbeiterklasse ..... 11

**Kundgebung  
vor dem Siemens  
Hauptgebäude  
Wittelsbacherplatz 2  
"Gegen Ausbeutung  
und Sozialkahlschlag:  
Siemens sozialisieren!"  
am 21.10 von 14:00-  
16:00 Uhr**

# Wir kriegen nur wofür wir kämpfen!

Für den 21. Oktober 2006 hat der DGB zu einem bundesweiten Aktionstag gegen die Politik der Großen Koalition aufgerufen. Schwerpunkte sind Kundgebungen in 5 Städten, u.a. in München. Im Rahmen dieses Aktionstags führt der DGB auch eine Großdemonstration in der bayerischen Hauptstadt durch. Was können wir von dieser DGB-



Initiative erwarten? Der DGB bejammert den Kahlschlag in der Sozial- und Bildungspolitik. Dazu gehören Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen, Steuersenkungen für Unternehmen und KapitalistInnen bei gleichzeitiger Aushöhlung des Kündigungsschutzes, verlängerte Arbeitszeiten und die Abwälzung der Kosten für Gesundheit und Rente auf die Lohnabhängigen. In die gleiche Richtung zielt die Einführung von Studiengebühren und Büchergeld an den Schulen. Diese Politik soll nun von den DGB-Gewerkschaften öffentlichkeitswirksam angeprangert werden. Dabei versucht die obere Etage des DGB nur zu verschleiern, dass sie die

## Sparlogik der Regierung

zu Lasten der Beschäftigten mitträgt. Diese marktwirtschaftliche Logik, mit ihren massiven Lohnkürzungen, hat bereits dazu geführt, dass fast die Hälfte (41,5 %) aller Haushalte in Deutschland nicht mehr von ihrem Erwerbseinkommen allein leben können. Sie sind auf öffentliche Unterstützungsleistungen

(ALG II, Wohngeld, Kindergeld) angewiesen. Auch die Erhöhung der

Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte wird vor allem die BezieherInnen niedriger Einkommen, also Arbeitslose und Geringverdiener treffen. Bei gleichzeitiger Kürzung von Sozialleistungen

stellt sie eine riesige Umverteilungsmaßnahme von unten nach oben dar. Trotzdem predigen die DGB-Gewerkschaften, oder genauer ihre führenden FunktionärInnen, die Sozialpartnerschaft mit Regierung und Kapital. Dies bedeutet in der Praxis, dass die Interessen der Lohnabhängigen den Bedingungen des Kapitals und der Sanierung öffentlicher Haushalte untergeordnet werden. Es fehlt den DGB-Gewerkschaften an der Kampfkraft und weitgehend am politischen Willen, die Interessen der Lohnabhängigen konsequent zu verfechten. Ein weiteres "Argument" der DGB-FunktionärInnen ist der geringe Organisationsgrad in Deutschland. In der Tat sind hierzulande nur 20 Prozent der Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert. Dass dies jedoch auch mit dem

## zahmen Auftreten der DGB-Gewerkschaften

zu tun hat, zeigen die Ereignisse während des Ärztestreiks in diesem Jahr. Die eigentlich sozial friedliche (und in



Standesdenken verhaftete) Gewerkschaft "Marburger Bund" (MB), hat sich in diesem Streik ausnahmsweise dazu entschlossen, ein kämpferisches Auftreten zu zeigen. Prompt führte diese Einstellung zu einem sprunghaften Mitgliederzuwachs des MB. Dass der Streik der KlinikärztInnen nur zu geringfügig besseren Ergebnissen als der Verdi-Tarifvertrag geführt hat, liegt an der Allianz, die die Verdi mit den ArbeitgeberInnen in Ländern und Kommunen eingegangen ist. Den gesellschaftlichen Zumutungen wird die Führungsetage des DGB auch zukünftig wenig entgegensetzen. Dazu trägt sein starres Festhalten an der Einheitsgewerkschaft bei. In Ländern mit mehreren Richtungsgewerkschaften hat sich eine viel stärkere Streikkultur herausgebildet. Aktuelles Beispiel hierfür ist Frankreich, wo immer wieder Druck von der Straße gegen (Arbeits-)Gesetze aufgebaut wird. Viel zu wenig beachtet wird in der gegenwärtigen Debatte um den Sozialkassenschlag, dass diese Strategie des Klassenkampfes von oben eine europäisch abgestimmte Initiative mit einheitlichen Wirtschafts"reformen" ist. Die EU und mit ihr die Bundesrepublik soll auf dem Weltmarkt eine noch größere Rolle als bisher spielen. Da der Klassenkampf in einer Klassengesellschaft niemals aufgehoben werden kann, müssen die Regierungen bzw. KapitalistInnen und die bürgerlichen Massenmedien versuchen, die Aussage, dass die Marktwirtschaft für alle gut sei,

in die Köpfe der Beherrschten zu hämmern. Eine weitere Verschleierung der ungerechten Verhältnisse wird durch die Lüge von der ArbeiterInnenklasse als ein Überbleibsel einer absterbenden industriellen Welt erzielt, indem die abnehmende IndustriearbeiterInnen-schaft mit der ArbeiterInnenklasse gleichgesetzt wird. Systematisch werden die Interessen der ArbeiterInnen in Fabrik, Büro, Uni und Schule in den Medien entweder verschwiegen oder als rückwärts gewandt bzw. als Hemmschuh bei der Modernisierung der Wirtschaft dargestellt. Im Gegensatz zu dieser bürgerlichen Propaganda, können wir stattdessen eine

### Wiederkehr der proletarischen Klasse

beobachten. Auf breiter Front entstehen neue Schichten der Unterklassen, wie die prekär Beschäftigten, die "arbeitenden Armen" (working poor), proletarisierte AkademikerInnen oder die Ein-Euro-JobberInnen. Gegen diese Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse hilft nur die proletarische Klassensolidarität, denn der Kapitalismus begnügt sich längst nicht mehr damit, nur die (Welt-)Wirtschaft zu beherrschen. Er dominiert zunehmend alle Bereiche unseres Lebens und Denkens. Dazu sollen u. a. Maßnahmen dienen, die alles, was bisher in gemeinschaftlichen und öffentlichen Händen liegt, der privaten Kontrolle zu unterwerfen. In diesem

Kampf, der im Geiste der

### internationalen Klassensolidarität

geführt werden muss, hilft uns die DGB-Bürokratie nicht weiter. Die sozialdemokratischen FunktionärInnen bestärken eher den Glauben an die grundsätzliche Unveränderlichkeit der spätkapitalistischen Eigentums- bzw. Machtstrukturen und ihrer ungerechten Klassenverhältnisse. Der in den Köpfen festsitzenden Vorstellung von der Alternativlosigkeit des Kapitalismus und dem vermeintlich vorherbestimmten Weltlauf müssen wir entgegentreten. Der Mensch ist ein denkendes und handelndes Wesen und die gesellschaftlichen Zustände sind von Menschen gemacht, also auch von Menschen veränderbar. Wir müssen die kapitalistische Ordnung zerstören, um die Welt kollektiv neu zu erschaffen. Für diese revolutionäre Perspektive ist die Erinnerung und das Bewusstsein vergangener Kämpfe enorm wichtig. Beenden wir also die Zeit des Stillhaltens und gehen wir endlich wieder in die Offensive, denn wir kriegen nur das, wofür wir kämpfen.

- >>> Solidarität ist unsere Waffe!
- >>> Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft!
- >>> Bauen wir revolutionäre Gewerkschaften auf!
- >>> Soziale Revolution statt Sklavenlohn!  
(roman, fau münchen)

**TRANSPORTDienst**  
Christian Luppatsch  
Umzüge  
Kunsttransporte  
Lagerungen  
Tel 50 3000 <> Fax 500 47 51  
Handy 0172/863 96 96  
Tübingerstr.10 <> 80686 München  
www.transportdienst.de

**BASIS**  
Buchhandlung  
Antiquariat  
Psychologie  
Theologie  
Film  
Literatur  
Architektur  
Kunst  
Politik  
Philosophie  
Adalbertstr. 41b-43  
80779 München  
www.basis-buch.de



## Der Arbeitsverwaltung die Zähne zeigen!

### Keine unnötige Zusammenarbeit!

Leider gibt es immer noch Menschen, die glauben, dass sie von Schikanen verschont bleiben, wenn sie sich besonders brav und angepasst verhalten. So werden z. B. bereitwillig sinnlose Auskünfte erteilt oder Sozialschnüffler vollkommen unnötig in die Wohnung gelassen. Hinterher gibt es dann oft ein böses Erwachen. Es gibt genügend Fälle, in denen Hartz-IV-Betroffene unangemeldeten Sozialschnüfflern ihre Wohnungstür öffneten. Die Folge war dann nur zu oft, dass Kühlschränke und Unterwäsche durchwühlt und dann aufgrund von oft haarsträubenden Indizien rechtswidrig auf eine eheähnliche Gemeinschaft geschlossen wurde. Auch bei den so genannten Vermittlungsgesprächen könnt Ihr Euch um Kopf und Kragen reden. Warum gehen Leute eigentlich freiwillig zu Vermittlungsgesprächen? Ihr könnt doch selbst entscheiden, ob und auf welche Anzeigen ihr Euch bewirbt und wie Ihr Eure Unterlagen gestaltet. Außerdem gibt es Beratungsstellen und Erwerbsloseninitiativen, wo man offen über seine Probleme sprechen kann. Bevor eine unterlassene Mitwirkung Auswirkungen auf die Entscheidungen der Arge haben kann, muss diese Euch schriftlich darauf hinweisen.

### Arbeit für die Arbeitsagenturen!

Die Rechnung ist ganz einfach. Bei einer Zahl von 5 Millionen Arbeitslosen und schätzungsweise circa 100.000

Angestellten bei der Bundesagentur, kommen also auf jeden Agenturmitarbeiter ungefähr 50 Arbeitslose. Wenn wir davon ausgehen, dass jeder Agentur Mitarbeiter im Jahr circa 250 Arbeitstage absolviert, kann sich jeder Mitarbeiter rein statistisch gesehen mit jedem Arbeitslosen 5 Tage im Jahr befassen. Diese fünf Tage können benutzt werden, um Sperrzeiten zu verhängen, Schnüffelaktionen durchzuführen oder die Betroffenen auf sonstige Arten zu schikanieren. Wenn wir es aber schaffen, die Agenturmitarbeiter mit der Bearbeitung von möglichst vielen Anträgen, Widersprüchen, Stellungnahmen vor den Sozialgerichten sowie Beschwerden

lange genug zu beschäftigen, so bleibt für Repressionsmaßnahmen keine Zeit mehr. Jeder Protest und jeder Widerspruch bedeutet also praktische Solidarität mit den Leidensgenossen. Anlässe für Proteste gibt es reichlich. Das traurige ist, dass viele Leute resignieren und meinen, dass es ihnen nichts bringt. Wir sagen, selbst wenn es Euer Protest für euch persönlich nichts bringen sollte, so hat es doch die nützliche Funktion, auf der Gegenseite Mehraufwand verursacht zu haben. Allein die Solidarität mit Euren Leidensgenossen, sollte es Euch die Mühe Wert sein. Die Menschenwürde muss auch kollektiv verteidigt werden.

### Nicht auf Kann-Bestimmungen hereinfallen!

"Bewerbungskosten können bis zu einem Betrag von 260 Euro jährlich übernommen werden" so steht es im Gesetz, Paragraph 46 im dritten Buch des Sozialgesetzbuches um ganz genau zu sein. Viele Leute, inklusive vieler Agenturmitarbeiter glauben, dass hier die Arbeitsagenturen machen können, was



sie wollen. Schluss mit dieser Bauerfängerei! Ihr habt in jedem Fall Anspruch auf eine begründete Ermessensentscheidung, d. h. die Arbeitsagentur muss im Falle der Ablehnung genau darlegen, nach welchen Kriterien sie entschieden hat. Hier helfen keine Standard-Formulierung wie z. B. ein Verweis auf nicht vorhandene Haushaltsmittel. Wenn Euch also Bewerbungskosten ohne Begründung verweigert werden, in jedem Fall Widerspruch einlegen! Dasselbe gilt für das Beantragen von Reisekosten, Weiterbildungen, Eingliederungsmaßnahmen. Mit einem einzigen Antrag, selbst wenn er





abgelehnt wird, aber keine korrekte Begründung enthält und gegen den dann zu Recht Widerspruch eingelegt wird, können wir der Arbeitsagentur jede Menge Arbeit verursachen.

### Den Geist des unendlich Kleinen in die Agenturen tragen!

Wer weitreichende Pflichten hat, der hat auch das Recht sich diese Pflichten erklären zu lassen, und zwar bis ins jedes Detail. Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, dass der Staat ein Interesse daran hat, dass sich seine Bürger jeder Kleinigkeit nachfragen, und zwar schriftlich. Das kann z. B. folgendermaßen aussehen: "Handelt es sich bei den zwei Euro, die ich neulich auf der Straße gefunden habe, um Nebeneinkommen, dass ich angeben muss?" Versetzt Euch mal in die Lage eines Sachbearbeiters, der bemüht ist die Sparvorgaben zu erfüllen und dazu nach Leuten sucht, die er zu Kontrollgesprächen einlädt, in der Hoffnung Gründe für Leistungskürzungen zu finden. Stellt Euch vor, Ihr habt einen "Kunden", dessen Akte vor Widersprüchen und Anfragen überquillt und somit auch gezeigt hat das er sich mit den gesetzlichen Bestimmungen auskennt und einem, der jede Entscheidung hingenommen und jede Auskunft bereitwillig erteilt hat. Für wen würdet Ihr Euch entscheiden?

### Kommunikation nur noch schriftlich abwickeln!

Welchen Wert hat eine mündliche Auskunft? Ihr ruft an wegen irgend Problem, landet in einem Callcenter und sprecht mit einem netten Menschen. Dieser nette Mensch hat dann von Eurem Anliegen zwar meist keine Ahnung ist aber dafür psychologisch geschult und

schafft es Euch mit einer plausibel klingenden Antwort abzuwimmeln. Später stellt sich heraus, dass die Auskunft falsch war. Ein Drama, das sich wahrscheinlich jeden Tag tausendfach wiederholt und vollkommen unnötig ist. Eine schriftliche Auskunft verursacht nicht nur mehr Arbeit, sondern hat auch den Vorteil, dass Sie später nicht mehr bestritten werden kann. Ein geradezu unverzeihlicher Fehler ist, es der Arbeitsagentur die eigene Telefonnummer zu geben. Die Pauschalverleumdung, die gelegentlich durch die bürgerliche Presse geistert, dass 20 % der Leistungsempfänger nicht leistungsberechtigt wären beispielsweise, kommt dadurch zustande, dass bei den extralegalen Telefonabfragen 20 % der Leute nicht erreichbar waren. Wer der Arbeitsagentur seine Telefonnummer gibt schadet nicht nur sich selbst. Gerade jetzt, nachdem gesetzliche Grundlagen für die Telefonschnüffelei geschaffen wurden, ist es umso wichtiger der Arbeitsagentur auf keinen Fall die Telefonnummer zu geben!

### Massenveranstaltungen sprengen!

Wegen ihrer besonderen Effizienz erfreuen sich Massenveranstaltungen großer Beliebtheit. Die Arbeitsagentur lädt beispielsweise 50 Leute vor, die sich dann von einem Zeitarbeitsvertreter anhören müssen, wie toll es ist, zwei Ausbeuter zu haben. Wenn dann fünf Leute nicht kommen und mit Kürzungen belegt werden, hat sich der Abend für die Agentur gelohnt. Was aber passiert wenn alle kommen und ihr Interesse damit bekunden, dass jeder zwei Fragen stellt? "Wie ist das mit der betrieblichen Altersvorsorge?" "Welche

übertariflichen Leistungen zahlt den Ihre Firma?". Besonders aufschlussreich könnten Fragen nach der Praktizierung des Arbeitsschutzes sein. Wenn es hier gelingt einen Straf- oder Bußgeldtatbestand aufzudecken, dann ist der Abend wohl nicht mehr so profitabel.

### Chancen von Ein-Euro-Jobs nützen!

Ein Herzstück der Hartz-Reformen ist und bleibt das Zwangsarbeitsprogramm der so genannten Ein-Euro-Jobs, was mittlerweile gigantische Ausmaße angenommen und zur Verdrängung vieler Tausender regulärer Arbeitsplätze beigetragen hat. Dummköpfe behaupten, dass sich später Eure Chancen auf dem Arbeitsmark verbessern, wenn daran teilnehmt. Die einzigen realistischen Chancen die Ein-Euro-Jobs bieten sind die, dass man sie durch Gerichtsbeschluss in reguläre Arbeitsverhältnisse umwandeln lassen kann, wenn man nachweist, dass sie nicht zusätzlich oder nicht gemeinnützig sind. Beispiele hierfür gibt es genug. Eine erfolgreiche Klage vor dem Arbeitsgericht, würde auch ein finanzielles Desaster für die "Träger" von solchen Ein-Euro-Jobs bedeuten. Statt von unbezahlter Arbeit zu profitieren, müssten sie regulären Lohn zahlen. Wenn nur ein geringer Anteil der Betroffenen auf seine Rechte pocht, könnten die Ein-Euro-Jobs wirksam zurückgedrängt werden.

Jochen (Bildungssyndikat)

**Maxim, das Kino mit Biss**

*maxim kino*

Landshuter Allee 33  
80637 München  
Telefon 168721

*Biss dann...*

S-Bahn - Donnersberger Brücke, U1 - Rotkreuzplatz, Bus 53, 133 - Schlorstrasse



## Ein Jahr privatisierte Kliniken Dachau –

# Klinikkonzern lässt die Masken fallen

Die „AmperKliniken AG“, ehemals Kreisklinik Dachau, wurde im Juni 2005 als Mehrheitseigner von der „RhönKliniken AG“ übernommen. Damit hat auch uns die Privatisierungswelle im Krankenhaussektor eingeholt. Bereits ca. 80 Kliniken hat die „RhönAG“ bundesweit eingekauft, und was das für die jeweiligen Belegschaften bedeutet, ist nicht schwer zu erkennen: Profitmaximierung heißt das Schlagwort, was Einsparungen an allen Ecken und Enden und Personalkürzungen nach sich zieht.

Wir, eine kleine Gruppe von Angestellten im Pflegebereich waren auch schon vor der Übernahme durch „Rhön“ im Betrieb aktiv. Mit Flugblättern und Infoständen versuchten wir die Belegschaft auf die Missstände aufmerksam zu machen. Nicht einfach, in einem Betrieb, in dem der Organisationsgrad gegen Null geht und Betriebsarbeit konsequent von der Geschäftsführung bekämpft wird. Trotz allem fand das erste Flugblatt, das verteilt wurde, großen Zuspruch; die allgemeine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sorgte ohnehin schon für ein gereiztes Klima.

Ein anderes Problem, das die Gemüter erhitzte, war der Parkhausbau. Von nun an sollte jeder, der auf einen PKW angewiesen ist um zur Arbeit zu gelangen, dafür bezahlen, dass er ihn während seiner Arbeitszeit abstellen darf. Ausgenommen natürlich leitende Angestellte und die Geschäftsführung.

Nach verschiedenen Flugblattaktionen kam es zu erheblichen Ausfällen und Beschimpfungen seitens der Geschäftsführung, und eine Anzeige

wegen Hausfriedensbruch wurde erhoben, die jedoch eingestellt wurde.

Ein weiterer Versuch, die Belegschaft und auch die Öffentlichkeit zu erreichen, war ein Infotisch und Bücherstand, der direkt vor dem Klinikgelände aufgestellt wurde. Interesse war durchaus da, gerade ein für diesen Anlass neu zusammengestelltes Flugblatt zog Aufmerksamkeit auf sich. Die



Geschäftsführung versuchte zwar mit Unterstützung der Polizei den Tisch entfernen zu lassen, womit sie aber keinen Erfolg hatte, da er auf städtischem Grund stand und ordnungsgemäß angemeldet war. Hierzu muss man vielleicht einmal anmerken, dass sich für solche Aktionen immer bereitwillig hilfsbereite GenossInnen finden, die vor Ort sind, wenn Angehörige der Betriebsgruppe besser im Hintergrund agieren.

Seit der Übernahme durch Rhön haben sich die Konflikte wesentlich verschärft, mit Aufnahme der Tarifverhandlungen

um einen eigenen Haustarifvertrag kamen von Arbeitgeberseite Forderungen, die so auf keinen Fall tragbar sind. Die 40-Std.-Woche konnte abgeblockt werden, jedoch gibt es viele kleinere Maßnahmen, die alle finanzielle Einsparungen zum Zweck haben. Zum Nachteil der Beschäftigten natürlich. So sollen Zuschläge, Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie zusätzliche Urlaubstage für geleistete Nachdienststunden wegfallen bzw. gekürzt werden. In dieser Zeit ist es besonders wichtig die Beschäftigten dazu zu bringen, Betriebsvollversammlungen zu besuchen und ihrem Unmut kollektiv Luft zu machen. Wir müssen den „Oberen“ zeigen, dass man das mit uns nicht machen kann.

Weiterhin geplant ist, sämtliche Berufsgruppen neu einzugruppieren, was die Bezahlung betrifft. So sollen zum Beispiel Reinigungskräfte auf der untersten Stufe stehen, ohne die Möglichkeit aufzusteigen. Für einige, die schon jahrelang im Haus arbeiten, bedeutet diese neue Eingruppierung ein Verlust von bis zu über 200 (!) Euro, teilweise sogar ohne eine vorher versprochene Ausgleichszahlung.

Der Schritt sich zu wehren fällt vielen sehr schwer, da es immer wieder zu





## privatisierte Kliniken 2005/06



- Rhön-Kliniken AG
- Damp Holding AG
- Fresenius AG (Helios)
- Amos Holding AG
- Städtische Klinik AG
- Fresenius AG (WKA)
- Asklepios Kliniken Verwaltungsges. mbH
- MediClin AG

massiven Einschüchterungsversuchen kommt: Eine Angststimmung wird verbreitet. Es ist ja auch verständlich, dass niemand seinen Arbeitsplatz verlieren will.

Jeder der einen befristeten Vertrag hat, und es werden keine anderen mehr vergeben, muss zittern, denn verlängert wird fast keiner. Ca. 28 Stellen in der Pflege sollen gestrichen werden, und das obwohl ohnehin schon am Limit und darüber gearbeitet wird. Dadurch, dass keine Zivildienstleistenden mehr eingestellt werden, müssen Patiententransporte selbst vorgenommen werden. Seit neuestem wird der Kaffee auf den Stationen abgefüllt und man arbeitet mit ungelerten und natürlich unbezahlten PraktikantInnen. Das alles und die durch die Einführung der DRGs im Januar 2004 nahezu verdoppelten Patientenzahlen führen dazu, dass es kaum mehr möglich ist, sich adäquat um

seine Patienten zu kümmern. Der Unmut wächst immer mehr, jeder ist vollkommen überarbeitet und gestresst, das Arbeitsklima demnach auf dem Tiefpunkt. Die Überstundenzahlen sind hoch, immer wieder kommt es zu Krankheits- und Überlastungsausfällen.

Trotz allem ist es hier, schon eher ländlich, wesentlich schwerer das Personal zu Arbeitskampffaktionen zu bewegen, das Bewusstsein hierfür ist sehr viel weniger ausgeprägt, als

beispielsweise in Unikliniken. Leider ist auch der Betriebsrat wenig kämpferisch und geht oft falsche Kompromisse mit der Geschäftsführung ein. Zwar kommt es immer wieder zu vereinzelt Sabotageakten, aber es wäre wichtig für Öffentlichkeit zu sorgen und auf unsere Probleme aufmerksam zu machen. Die „Amper Kliniken“ sind der größte Arbeitgeber im Landkreis Dachau. Und so kam's dann auch:

Eines Morgens Ende September ein großes Transparent am hell erleuchteten Parkhaus, mit der Aufschrift:

**„Nein zum Stellenabbau! Solidarität mit den Betroffenen!“**

Gut zu sehen für Jedermann, der in oder aus der Klinik ging. Man darf davon ausgehen, dass es auch die Geschäftsführung gesehen hat, denn es wurde noch im Laufe desselben Vormittags abgenommen, und im Verwaltungsgebäude waren wohl einige hochrote und wutschnaubende Köpfe zu sehen.

Doch nichtsdestotrotz, wir lassen uns nicht klein kriegen! All diese Maßnahmen sind aus humanen Gesichtspunkten nicht zu rechtfertigen, sondern nur durch die Arroganz der Macht!

„...sobald das Verbrechen anfängt, seine Gründe in der Vernunft zu suchen, wuchert es wie die Vernunft selber und nimmt alle Formen logischer Denkschlüsse an. Gestern gerichtet erlässt es heute Gesetze. An dem Tag, an dem das Verbrechen sich mit den Hüllen der Unschuld schmückt, wird – durch eine seltsame, unserer Zeit eigentümliche Verdrehung – von der Unschuld verlangt, sich zu rechtfertigen.“  
( Albert Camus )

**Streik, Sabotage, Widerstand! Bis die Mittel sind in unsrer Hand!!**

2 Mitglieder der **Betriebsgruppe AmperKliniken**, organisiert im **Syndikat für Gesundheits- und medizinische Berufe / SANITA**

betriebsgruppe.amperkliniken@yahoo.de  
faudah1@fau.org





# Schule

## Ein Standbein des Kapitalismus

Für 131.300 Schülerinnen und Schüler war es in Bayern am 13. September das erste Mal, dass sie die Schulbank drücken mussten. Doch die schöne Welt, in der sich die liebevoll genannten "ABC-Schützen" mit Zuckertüte stolz für das Familienalbum ablichten lassen, stürzt schon recht schnell in sich zusammen. Was im Elternhaus und im Kindergarten, autoritärer Erziehung (1) sei Dank, bereits vorgelebt wird, intensiviert sich im Laufe der Schullaufbahn zusehends. Disziplin und blinder Lerngehorsam bestimmen den Alltag auf der Schulbank. Es ist immer die selbe Methode: "Nimm auf, was die Lehrerschaft vorbetet und reproduziere auf Knopfdruck!". Diese Aufnehmen-wiedergeben-Methode schafft vielleicht willenslosen Gehorsam, aber eigenständiges Denken und Hinterfragen diverser Sachverhalte bleiben (bewusst) auf der Strecke. Ein Charakterzug, der dem Chef im Umgang mit seinen Angestellten später sehr zugute kommen wird.

In der vierten Klasse hat das Bild mit der Zuckertüte bereits Staub gefangen und es steht eine einschneidende, großteils den restlichen Lebensweg vorgebende Selektion statt. Wie Spargelstangen am Fließband werden 10-jährige Kinder in erste, zweite und dritte Wahl aussortiert, nicht zu vergessen die deutsche Spezialerfindung namens "Sonderschule". Dies geschieht ganz gemäß der späteren Verwertbarkeit der Kinder in unserer kapitalistischen Wirtschaft.

Im heutigen Bildungssystem werden unter anderem durch Lehrgewalt Unterschiede geschaffen, die so der Mehrheit der Menschen eine "höhere"

Schulbildung verwehren. Die Perspektive derart "aussortierter" Menschen ist die Lohnarbeit und die sie begleitende Prekarität (geringe Arbeitsplatzsicherheit). Schule produziert also SiegerInnen und VerliererInnen, gerade so, wie es Berufshierarchie und kapitalistische Wirtschaftsordnung verlangen. Von PädagogInnen wird "Anpassung" und "Selbstbestimmung" oft genug als bedeutungsgleich angesehen(!), was sich im Schulalltag auch als traurige Wahrheit herausstellt. An Haupt- und Realschulen kommt die Politik dem Interesse, diese Menschen möglichst schnell in die Wirtschaft zu entlassen, gerne nach. Die AbgängerInnen der Schulen "unterhalb" des Gymnasiums stellen genau die Art "Menschenmaterials" dar, die die Wirtschaft als billige Produktionskraft braucht, eine Kraft, die aufgrund der eigenen prekären Lage und entsprechend mitgegebener Erziehung die Klappe hält und jeden Einschnitt noch mit einem Lächeln entgegennimmt.

Und was passiert mit den vermeintlichen "GewinnerInnen" dieses Systems, also den Abiturienten? Für diese hat die Wirtschaft sich ein ganz besonderes Geschenk ausgedacht: Sie dürfen seit neuestem beim Studium fleißig nach den neuen akademischen Graden "Bachelor" und "Master" streben. Mit einer gestrafften Studiendauer und Einführung von Studiengebühren versucht die Politik auch hier die Menschen möglichst schnell in die Wirtschaft zu pressen. Ein "credit points" System (2) sorgt dafür, dass sich die Arbeitgeberschaft bequem die arbeitswilligsten Menschen herauspicken kann.

Es ist daher unschwer zu erkennen, dass unser Bildungssystem nur darauf ausgerichtet ist die Menschen für die bestehende Arbeitswelt gewaltsam zurechtzubiegen. Freie Entfaltung? Kostenloses Bildungsangebot? Achtung individueller Interessen und Neigungen? Fehlzanzeige! Man will ja nicht riskieren, dass die Menschen noch das Denken anfangen, oder sich gar gegen die Verhältnisse wehren.

(1) Die autoritäre Erziehung ist in der Gesellschaft weitestgehendst verankert und wird auch von der Politik propagiert, wie neulich in der "Berliner Rede" von Horst Köhler. Dieser Erziehungsstil setzt auf "Belohnung" und "Bestrafung", weniger auf Überzeugung und ist oft genug willkürlich.

(2) Es gibt 180 zu erreichende Punkte, ein Punkt entspricht hierbei in etwa 25-30 Stunden Arbeitsbelastung, also Hausarbeiten, Seminare, Vorbereitungen, Klausuren und andere Prüfungen. Umgerechnet auf die Länge des Studienganges ergibt sich hieraus eine 40 Stunden Woche mit 6 Wochen Urlaub pro Jahr

lila (bildungssyndikat)

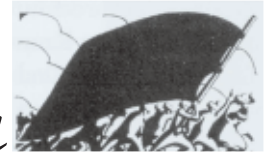
### Veranstaltungen:

Radikale Arbeitszeitverkürzung  
Veranstaltung zur 5-Stunden-Woche -  
Ein utopisches Konzept, eine Utopie  
oder mehr? - Vortrag und Diskussion.  
Samstag, 28.10., 19.00 Uhr im  
EineWeltHaus, Schwanthalerstr.80  
Kostenbeitrag 3 Euro

Tanz nicht aus der Reihe - Ein Vortrag  
mit Diskussion über Techniken und  
Wirkungsweisen von ritualisierten  
Abläufen im Erziehungsbereich.  
Freitag, 10.11., 19.00 Uhr im  
EineWeltHaus



# die Geschichte des Syndikalismus in Südbayern



## EINLEITUNG

Die ArbeiterInnenbewegung unternimmt seit ihrer Konstituierung in Gruppen, Parteien und Gewerkschaften im 19. Jahrhundert vielfältige Anstrengungen, um der Marxschen Forderung näher zu kommen, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist. Das Proletariat kämpft, beweist Mut, geht hohe Risiken ein, opfert seine kärgliche Freizeit, um die eigene Befreiung von Hunger, Krieg und Kapitalismus zu erreichen. Es entwickelt in diesem Kampf für eine freie und klassenlose Gesellschaft ein breites Spektrum an sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Initiativen und Aktivitäten. Die ArbeiterInnenbewegung und die proletarischen Massen, die sie tragen, versuchen dabei, sich selbst zu schulen und fortzubilden, helfen sich gegenseitig den Alltag in Betrieb und im Wohnquartier zu meistern und bilden mit der Zeit ein eigenes, proletarisches Milieu heraus. Wenn auch in der Geschichte dieser ArbeiterInnen Enttäuschungen, Niederlagen und geplatzte Träume überwiegen, so haben sie dennoch ihren revolutionären Klassenkampf fortgesetzt und hierbei auch beeindruckenden Erfolge und Siege errungen. Davon ist in der bürgerlichen Geschichtsschreibung nichts oder nur sehr wenig zu finden. Stattdessen wird in ihr in abwertender Art und Weise über die Besiegten geschrieben. Aber auch die (partei-)kommunistische Historiographie - etwa

der DDR - unterschlägt oft unbequeme Ereignisse und AkteurInnen. Übergangen oder nur verzerrt dargestellt werden die antiautoritären Tendenzen der ArbeiterInnenbewegung in Deutschland, also die anarchistisch-syndikalistischen und die links- bzw. rätekommunistischen Strömungen und Organisationen. Zu dieser selektiven Wahrnehmung, die politisch motiviert ist, gehört ebenso die Fixierung auf die organisierte (Fach-)ArbeiterInnenschaft, die den Blick auf die "andere" ArbeiterInnenbewegung oft verstellt. Zu ihr zählen die eingewanderten, die vom Land in die Fabrik gezwungenen sowie die an- und ungelerten ArbeiterInnen. Des Weiteren ist in der etablierten Geschichtsschreibung der Anteil der Frauen an der Geschichte stark unterrepräsentiert. Bisher ist nicht viel über die Geschichte des Syndikalismus in Südbayern veröffentlicht worden. Hierzu möchten wir mit diesem Beitrag ein wenig Abhilfe schaffen. Zunächst ist es nötig, die Bezeichnung

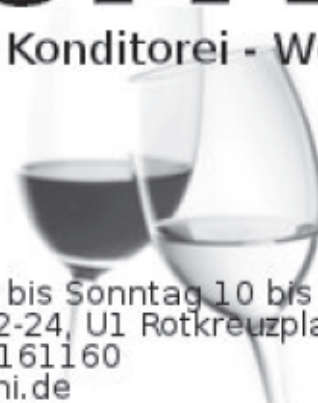
reformistisch-parlamentarischen Weg der sozialistischen Partei, die Idee des revolutionären Syndikalismus entwickelt hat. Zentrale Methode des revolutionären Syndikalismus ist die Direkte Aktion, bei der durch militante Streiks, Sabotage und Besetzungen der Klassenkampf unmittelbar zu einer revolutionären Situation führen und schließlich im revolutionären Generalstreik gipfeln soll. In Deutschland existiert zu dieser Zeit der lokalistische Zweig der Gewerkschaftsbewegung, der nach der Jahrhundertwende zum Träger des Syndikalismus werden soll. Im Lokalismus organisieren sich antizentralistisch-sozialdemokratische Berufsvereinigungen, die den "freigewerkschaftlichen" Funktionsapparat entschieden ablehnen. Anfangs in ihrem Selbstverständnis noch revolutionäre SozialdemokratInnen, entwickeln sich die LokalistInnen nach und nach zu antiparlamentarisch eingestellten SyndikalistInnen. 1897 gründen die lokalistisch-syndikalistischen Berufsvereine ihre eigene Organisation,

## SYNDIKALISMUS

kurz zu erläutern. Der Begriff stammt ursprünglich aus Frankreich, wo in den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die größte französische Gewerkschaft, die CGT, in Abgrenzung zum

# RUFFINI

## Café - Konditorei - Weinhaus



Dienstag bis Sonntag 10 bis 24 Uhr  
 Orffstr. 22-24, U1 Rotkreuzplatz  
 Tel.: 089/161160  
 www.ruffini.de





die "Freie Vereinigung Deutscher Gewerkschaften" (FvDG). Langsam nähert sich die FvDG nun anarchistischen Positionen an. Sie lehnen die in Deutschland (und nicht nur dort) vorherrschende politisch-wirtschaftliche Trennung in Parteien und Gewerkschaften ab. Stattdessen sollen die föderalistisch organisierten - nun syndikalistischen - Gewerkschaftsgruppen die Produktion übernehmen, um so das Ideal einer freien und klassenlosen Gesellschaft zu verwirklichen. Zur Schulung der syndikalistischen

sofort verboten und bekannte Mitglieder werden in Schutzhaft genommen. In den folgenden Jahren bildet sich neben Berlin ein zweiter Schwerpunkt der syndikalistischen Freien Vereinigung im Ruhrgebiet. Dort treten Tausende von Bergleuten, die bei ihren Streikwellen von sich aus direkte industrielle Aktionen anwenden, in die FvDG ein. Bei Ausbruch der Revolution und vor allem in deren weiterem Verlauf in den Jahren 1918 bis 1922/23 spielen die SyndikalistInnen vor allem in ihren Hochburgen Rheinland-Westfalen, Thüringen und Sachsen eine wichtige

hinzu. Die FAUD fügt ihrem Namen den Zusatz "Anarcho-Syndikalisten" hinzu und versteht sich nun vollends als eine anarchosyndikalistische Organisation, die den Staat, Parlamentarismus und die Parteien als Mittel zur Emanzipation der ArbeiterInnenklasse ablehnt.

## IN MÜNCHEN

reorganisieren sich 1918 die syndikalistischen Zimmerleute, Bauarbeiter, Isolierer, Fliesenleger, Metall- und Holzarbeiter sowie die Steinholzleger. Auch die Vereinigung für alle Berufe wird wieder tätig. Wie schon vor dem Krieg sind die Bauberufe die stärkste Branche der FAUD in der bayerischen Metropole. So führen die HolzarbeiterInnen Ende März 1924 einen Streik durch, der von den anderen ortsansässigen Fachvereinen finanziell unterstützt wird. Einen Teilerfolg erzielen die BauarbeiterInnen Münchens und Augsburgs im gleichen Jahr, als sie sich gegen die von den Bossen geforderte 57-Stunden-Woche wehren. Sie können durch Arbeitsniederlegungen erreichen, dass die Wochenarbeitszeit bei 48 Stunden bleibt. Außerhalb der betrieblichen Arbeit engagieren sich die FAUD-Aktiven vor allem für die in aller Welt gefangenen ArbeiterInnen, auch für diejenigen im bolschewistischen Russland. Sie vergessen dabei die im Jahre 1924 noch etwa 40 politischen Gefangenen der Bayerischen Räterepublik, die in Straubing und Niederschönfeld einsitzen, nicht. Die größte Kampagne richtet sich gegen die Verurteilung der beiden Anarchisten



Gewerkschaftsmitglieder wird nun immer häufiger auf anarchistische Klassiker was übrigens ebenso für die gesamte FvDG bis 1914 gilt. Dabei existieren in München jeweils eigene Berufsvereinigungen für die Isolierer, Steinholzleger, Fliesenleger, Maurer und Betonarbeiter. Die Fliesenleger Münchens haben 1906 sogar zwei Ortsvereine. Daneben bestehen noch Berufsvereine für die Tischler/Holzarbeiter und auch für die Metallarbeiter. Alle anderen FvDG-Mitglieder werden in der "Vereinigung für alle Berufe" zusammengefasst.

## ZU BEGINN DES 1. WELTKRIEGES

wird die FvDG und ihre Zeitungen "Der Pionier" bzw. "Die Einigkeit" reichsweit wegen antimilitaristischer Propaganda

Rolle. Auf einem Vereinigungskongress 1919 schließt sich die FvDG zunächst im Rheinland mit anderen revolutionären Gewerkschaften/Unionen zur "Freien Arbeiter Union" zusammen. Der neue Namen wird Ende des Jahres auch reichsweit übernommen. Die FAUD erreicht ihre größte Ausdehnung Anfang der 1920er Jahre, als ihr etwa 150 000 Mitglieder beitreten. Die nun am stärksten vertretenen Industrien/Branchen sind der Bergbau, die Stahl- und Metallindustrie, die Holz- und Baubranche, der öffentliche Verkehr/kommunale Dienste und die Schifffahrt/Binnenschifffahrt. Ab Mitte der 20er Jahre kommt noch die Textilindustrie





Sacco und Vanzetti, die schließlich in den USA hingerichtet werden.

## AUSSERHALB MÜNCHENS

kommt es unmittelbar vor dem 1. Weltkrieg zur Gründung einer Freien Vereinigung aller Berufe in Augsburg. In dieser Stadt wehrt sich eine äußerst revolutionäre ArbeiterInnenschaft im April 1919 gegen einrückende Regierungstruppen - die gegen die Bayerische Räterepublik in Marsch gesetzt wurden - mit einem Generalstreik und heftigen bewaffneten Kämpfen. Die FAUD ist in der Schreibmaschinenfabrik Exzelsior mit einer Betriebsgruppe verankert, die sich aktiv an einem Streik Anfang 1923 beteiligt. Der sehr umtriebige Ortsverein der FAUD in Augsburg hält wöchentliche Diskussionsabende sowie monatliche Mitgliederversammlungen ab und existiert bis zum Ende der Weimarer Republik. Dies kann über die nur kurz bestehende Vereinigung der MaurerInnen in Rosenheim nicht berichtet werden. Obwohl Rosenheim/Kolbermoor einer der revolutionären Brennpunkte in Südbayern ist und hier beispielsweise Reste der Roten Armee 1919 nach der Einnahme Münchens durch reaktionäre weiße Truppen noch tagelang weiter kämpfen, organisieren sich die radikalen ArbeiterInnen in der KPD bzw. USPD. Neben München und Augsburg arbeiten die FAUD-Gruppen in Dachau und Trostberg am hartnäckigsten und

langlebigsten am Aufbau einer anarchosyndikalistischen Gewerkschaft in Südbayern. Weitere Ortsvereine der FAUD treten noch in Erding, Moosburg und Tagmersheim auf. Zudem sind die Donauschiffer einem gesamtdeutschen syndikalistischen Verband der Binnenschiffer angeschlossen.

## IN DER BAYERISCHEN HAUPTSTADT

entfalten die AnarchosyndikalistInnen zweifellos die breiteste politische und gewerkschaftliche Arbeit in Südbayern. Hier bestehen - neben mehreren Gewerkschaftsgruppen - auch eine von zwei Kreisarbeitsbörsen der FAUD in Bayern. Die Arbeitsbörsen sind Organe auf lokaler Ebene, die die einzelnen Ortsvereine zusammenfassen und ihre außerbetriebliche Arbeit koordinieren. Ihre Aufgaben sind z. B. Bildung, vielfältige kulturelle Aktivitäten und allgemeine Propaganda, aber ebenso die Organisation der Unterstützung von KollegInnen in Arbeitskämpfen und Streiks. In München verfügt die anarchosyndikalistische Bewegung in den 1920er Jahren zusätzlich über eine Gruppe der "Syndikalistisch-Anarchistischen Jugend" (SAJD) und dem "Syndikalistischen Frauenbund". In dieser Frauenorganisation schließen sich überwiegend proletarische Hausfrauen zusammen, um für ihre Rechte einzutreten, Boykotte zu organisieren, für KonsumentInnenstreiks zu werben, Verhütungsmethoden bzw. Abtreibungen

zu propagieren und neue Methoden der Kindererziehung zu diskutieren. Dabei wird die Beschaffung und Verteilung von Verhütungsmitteln an die proletarischen Haushalte als antimilitaristischer Gebärstreik bezeichnet.

## DIE ORTE IN MÜNCHEN,

an denen sich die AnarchosyndikalistInnen treffen, sind das Verkehrslokal "Frankenberger" am Oberanger 33, das Restaurant "Goldener Anker" in der Schillerstr. 30 und das Restaurant "Müllerbad" in der Hans-Sachs-Str. 8. Die anarchosyndikalistischen Zimmerleute nutzen als Verkehrslokal das Gasthaus "Gambrinus" in der Sendlinger Str. 19. In der Fraunhoferstraße befindet sich die Zahlstelle der FAUD. Die Naziherrschaft ab 1933 zerstört die anarchosyndikalistische Bewegung in Deutschland und damit auch in Südbayern. Viele ehemalige FAUD-Mitglieder leisten Widerstand in illegalen Gruppen, bis auch die letzten von ihnen im Rheinland durch die Gestapo 1937/38 zerschlagen werden. Nach dem 2. Weltkrieg sammeln sich die überlebenden AnarchosyndikalistInnen in der BRD in der "Föderation Freiheitlicher Sozialisten" (FFS), deren Münchner Gruppe bis etwa 1970 aktiv ist. Ohne Bezug zur FFS gründen 1977 junge anarchosyndikalistische AktivistInnen die FAU neu.

helge (fau bremen) und roman (fau münchen)

**WERKSTATTKINO**  
Fraunhoferstr. 9 80469 München Tel/Fax 089/2607250

zum Hauptfilm  
1  
2 3

FA. MARTIN SCHÖNBERGER  
GARTENGESTALTUNG

**NATURSTEINE**  
Immer ein gutes Argument!

DORFSTR. 20  
85551 KIRCHHEIM  
TEL. 089/2010805  
MARTIN.SCHOENBERGER@GMX.NET





## LIEDER FÜR DIE ARBEITERINNIENKLASSE

Die Bielefelder Punkband Commandantes ist so ziemlich einzigartig in der Musiklandschaft dieses Landes. Keine andere Band ist bis jetzt auf den Gedanken gekommen, ganze Alben mit alten proletarischen Kampfliedern in neuem Punk-Gewand zu präsentieren. Die Idee zu diesem Projekt wird bei einem Urlaub vor vier Jahren auf der Insel Elba geboren. Als dort der Gitarrist Klaus, der schon seit 1977 Punkmusik macht, zusammen mit einem Kumpel bei einer Flasche Rotwein plötzlich eine unsäglich Version des alten PartisanInnenliedes "Bella Ciao" angestimmt von einem Späthipster mit seiner Klampfe - über sich erheben lassen muss, reift bei beiden der Entschluss, Punkrock und "working class songs" zu kombinieren. Im Dezember 2003 erscheint das Album "Viva La Revolucion", auf dem sich neben einer Hand voll Songs von den Commandantes noch eine Auswahl von Liedern mit politischen Bands wie Los Fastidios, The Skatoons, Argies, Atarassiagröp, Anfo usw. befinden. Daraufhin erhalten sie vom linken Plattenlabel Mad Butcher Records das Angebot, bei ihnen eine reguläre Langspielplatte einzuspielen. Die CD/LP "Lieder Für Die Arbeiterklasse", ab September 2004 im Handel, löst für die Band unerwartete Reaktionen aus. Tatsächlich macht es Spaß, diesen alten revolutionären Liedern - nun als Midtempo-Punkrock gespielt - zuzuhören und dabei mitzuzugrölen. Zu hören gibt es Liedgut aus der kommunistischen ("Halt stand, rotes Madrid", "Der rote Wedding", "Bandiera Rossa"), anarchistischen ("Sacco & Vanzetti") und antifaschistischen ("Bella Ciao")

Bewegung. Neben Deutsch, wird auf dem Album auch in Italienisch und Spanisch gesungen. Bei den immer zahlreicher werdenden Auftritten der Commandantes finden sich Punks, Red-Skins und politische Aktive zusammen, um gemeinsam bei den klassenkämpferischen Texten mitzusingen und die Tanzfläche in eine schwitzende Hölle zu verwandeln. Nach zwei Jahren Wartezeit bringen die Commandantes mit "Für Brot Und Freiheit" in diesem Herbst nun endlich ihre dritte Platte heraus. Wieder auf dem selben Label und mit der gleichen Grundidee - alte ArbeiterInnenkampfsongs in einem neuen musikalischen Stil - hat sich dennoch einiges bewegt. Musikalisch ist das meiste zwar noch immer Oi-Punk, aber manche Stücke sind deutlich rockiger geraten. Auch bei der Songauswahl wird auf "Für Brot und Freiheit" das Spektrum erweitert. Außer den bewährten kommunistischen ("Die Rote Kolonne", "In Erwägung", "Marsch der Antifaschisten"), anarchistischen (Machnovtchina, "Auf die Barrikaden") und antifaschistischen ("Mein Vater wird nicht aufhören zu kämpfen", "Spaniens Himmel"), finden sich diesmal auch gewerkschaftliche ("There is Power in a Union", "Which Side are You on) Lieder auf der Scheibe. Zudem ist mit "An Rhein und Ruhr marschieren wir" ein Song der antinazistischen EdelweißpiratInnen vertreten. Die meisten Texte sind wieder deutschsprachig, daneben singen die Commandantes diesmal noch auf englisch, französisch und spanisch. Durch die kleinen - aber feinen - Änderungen gelingt es der Band, ihr bekanntes Konzept ein ums andere Mal spannend und interessant zu gestalten. Wir freuen uns schon, die Commandantes einmal live zu erleben, denn im März 2007 holt die FAU die Band für zwei Konzerte nach Bayern. roman (fau münchen)

## DIE MACHNOWSCHTSCHINA

*Machnowschtschina, Machnowschtschina  
Deine Fahnen wehen schwarz im Wind  
Schwarz durch unser Leid  
Und rot durch unser Blut  
Schwarz durch unser Leid  
Und rot durch unser Blut*

*Im Gebirge und auf dem flachen Land  
Bei Schnee und Sturm  
Überall in der Ukraine  
Erhoben sich unsere Partisanen  
Überall in der Ukraine  
Erhoben sich unsere Partisanen*

*Im Frühling haben Lenins Verträge  
Die Ukraine an die Deutschen ausgeliefert  
Im Herbst jedoch hat die Machnowschtschina  
Sie in den Wind geschlagen  
Im Herbst jedoch hat die Machnowschtschina  
Sie in den Wind geschlagen*

*Machnowschtschina, Machnowschtschina  
Deine Fahnen...*

*Die weiße Armee Denikins  
Marschierte singend in die Ukraine ein  
Doch bald wurde sie von der Machnowschtschina  
In den Wind geschlagen  
Doch bald wurde sie von der Machnowschtschina  
In den Wind geschlagen*

*Machnowschtschina, Machnowschtschina  
Unsere schwarze Partisanenarmee  
Die in der Ukraine  
Gegen die Roten und die Weißen kämpfte  
Die in der Ukraine  
Gegen die Roten und die Weißen kämpfte*

*Machnowschtschina, Machnowschtschina  
Unsere schwarze Partisanenarmee  
Die aus der Ukraine alle Tyrannen  
Für immer verjagen wollte  
Die aus der Ukraine alle Tyrannen  
Für immer verjagen wollte*

*Text: Etienne Roda-Gil (im franz. Original)  
Musik: J. Aturov*

## HOLZKOLLEKTIV GmbH

### Schreinerei

Massivholzmöbel und Innenausbau    Küchen  
Möbelrestauration    Bauschreinerarbeiten im Denkmalschutz  
biologische Holzschutz- und Oberflächenbehandlung

Neureutherstraße 20 80799 München  
Tel. 2 72 18 30 Fax 2 72 18 35



**Was will die FAU-IAA?** Wir AnarchosyndikalistInnen haben die herrschaftsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft als Ziel. Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarchosyndikalismus. Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen. Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit in der FAU- Freie ArbeiterInnen Union und international in der IAA- Internationale ArbeiterInnen Assoziation zusammengeschlossen. Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Gegenüber dazu lernen wir die anarchistische Taktik der direkten Aktion ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen. Da die Macht und die Stärke des Kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der täglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf. Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen. **ALLE MENSCHEN, DIE IN DIESEM SINNE MIT UNS ZUSAMMENARBEITEN WOLLEN, SIND UNS WILLKOMMEN, und zwar jeden Mittwoch ab 19.00 Uhr in der Schwanthalerstr. 139 Rückgebäude**

**WWW.FAU.ORG**



**Impressum**

Herausgegeben von dem Allgemeinen Syndikat (ASY), Bildungssyndikat (BSY) und dem Syndikat für Gesundheits- und medizinische Berufe/Sanita in der FAU-IAA München V.i.S.d.P.: C. Luppatsch/ Schwanthalerstr. 139 (Rgb.)/80339 München/Eigendruck im Selbstverlag Auflage: 2000 Stück

Die Erstellung der Zeitung erfolgte mit kostenlosen

**JA, ich möchte eine KOSTENLOSE Ausgabe der anarchosyndikalistischen bundesweiten Zeitung DA - Direkte Aktion der FAU-IAA zugesandt bekommen!**

**Kontakt:  
FAU-IAA München  
Schwanthalerstr. 139 (Rgb.)  
80339 München  
017314048195  
kontakt@faum.de**

Open-Source-Programmen so wie Scribus (Layout), OpenOffice (Textverarbeitung) und Gimp (Grafik). Sämtliche Texte sind frei nutz- und vervielfältigbar. Über einen Beleg würden wir uns freuen.

**Das Bildungssyndikat** steht allen Menschen offen, die SchülerInnen, Studierende, Auszubildende oder LehrerInnen sind oder in irgendeinem sonstigen Ausbildungsverhältnis stehen, sowie Menschen die an einer Ausbildungsstätte arbeiten, wie z.B. HausmeisterInnen, Reinigungspersonal etc., wie auch allen anderen Leuten, die Interesse an Gewerkschaftsarbeit im Bildungsbereich haben.

Unser Gewerkschaftsverständnis: Wir organisieren uns in der Basisgewerkschaft FAU um im Bildungsbereich revolutionäre Gewerkschaftsarbeit zu betreiben. Wir klammern allgemeinpolitische Themen bei uns nicht aus, da wir sehen, dass alle verschiedenen in einer Wechselbeziehung stehen. Wir verstehen uns als im Kapf gegen das (Bildungs-)System und lehnen daher



StellvertreterInnenpolitik ab, was heisst, dass wir unsere Interessen direkt und ohne vermittelnde Instanzen durchsetzen werden. Unser Ziel ist die herrschaftsfreie Gesellschaft in der die Menschen nicht durch Klassen- oder Staatsgrenzen getrennt werden. Zu ihrer Verwirklichung arbeiten wir aktiv an der Abschaffung aller Privilegien, ultimative Enteignung aller Eliten und der Verwirklichung sofortiger sozialer Verbesserungen.

Wir treffen uns jeden 1.+3. Sonntag im Monat ab 15.00 Uhr im Kafe Marat (Thalkirchnerstr.104/ Aufgang II) oder jeden Mittwoch nach der Schule ab 13.30 Uhr in gemütlicher Runde in der Weltwirtschaft (Schwanthalerstr. 80)

**WWW.FAUM.DE**

**Netzwerk**

ist ein staatlich unabhängiger Förderfonds für die politische, soziale und ökonomische Selbsthilfe. Netzwerk fördert, ausschließlich mit dem Geld und den Spenden seiner Mitglieder, seit 26

Jahren Projekte, Betriebe und Initiativen, die mit ihrer Arbeit und Initiative ein Gegenmodell zum bestehenden Kommerz und Konsum in München realisieren. Netzwerk sieht seine Aufgabe darin, Menschen zu fördern, die auf der lokal-regionalen Ebene in kleinen konkreten Schritten die gesellschaftliche Misere von unten verändern. Selbstverständnis und Struktur von Netzwerk sind von den Prinzipien der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung geprägt, die Entscheidungskompetenzen auf die satzungsgemäßen Organe Mitgliederversammlung, Beirat und Vorstand aufgeteilt. Netzwerk ist interessiert, mit Menschen in Diskussion zu kommen, die in breiten Bündnissen die Teilhabe und Mitbestimmung an einem Umgestaltungs- und Umverteilungsprozess fordern.

Infos und Kontakt:  
Netzwerkbüro  
Schwanthalerstraße 139 Rgb.  
80339 München  
www.netzwerk-muenchen.de  
e-mail: netzwerk -muenchen@gmx.de

